

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilsch, Köhling in Düsseldorf, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsteher einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei 13 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,- M. Expedition und Druck von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 24. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 15. Juni 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

Erfahrungen.

Erfahrung ist der Schmuck für ein bereiftes Haupt und macht, daß seinem Wort die rohe Jugend glaubt. Wer in der letzten Zeit die Organe der „freien“ Gewerkschaften aufmerksam verfolgte, der wird sich gewundert haben, wie dieselben die im Laufe der Jahre gesammelten Erfahrungen zum besten geben und dadurch erzieherisch auf ihre Mitglieder zu wirken suchen. Kürzlich war es der „Grundstein“, welcher „aus langer schmerzlicher Erfahrung heraus“ die Mitglieder des „freien“ Maurerverbandes ermahnte: „Vernet gerecht sein.“

Der „Textilarbeiter“, das Organ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, bringt einen durch mehrere Nummern laufenden Artikel „Demokratie und Gerechtigkeit“, der einen lehrreichen Einblick in die Folgen sozialdemokratischer Erziehungsarbeit gewährt, zugleich aber auch einen Einblick zu dem ehelichen Versuch darstellt, die Mitglieder von der Notwendigkeit der nüchternen Beurteilung wirtschaftlicher Fragen zu überzeugen und sie nachdrücklich auf ihre Pflichten gegenüber der eigenen Verbandsleitung hinweist. „Zur Oligarchie, zur Schreckensherrschaft der urteilslosen Masse dürfen die demokratischen Rechte in der Organisation nicht gemißbraucht werden“, sagt der „Textilarbeiter“ ganz richtig und fährt dann eine Reihe von Fällen an, wo sich der Zentralvorstand dem Willen der Massen fügte, zum Schaden des Verbandes und zum Schaden der Arbeiter.

Den vom „Textilarbeiter“ angestrebten Zweck erreicht man nicht durch eine Artikelliste über die Befugnisse der Verbandsleitung und die Pflichten der Mitglieder. Zum rechten Gewerkschaftler muß der Arbeiter erzogen werden. Wer aber selbst ständig den Funtus schürt, der hat keine Veranlassung, über die hier und da aufleuchtende Wut zu jammern. Welche Wirkungen sollen die Mahnungen des „Textilarbeiter“ z. B. auf die Wächner „Genossen“ ausüben, denen man das korrekte Verhalten des christlichen Verbandes in bezug auf die Arbeiter der Firma Meyer als Arbeiterverrat schilbert? Es ist doch nur eine logische Fortführung und Erweiterung des Gebankenganges, wenn die Mitglieder der „freien“ Verbände jetzt ihre eigenen Führer für Arbeiterverrat halten. Wenn bei irgend einer Bewegung die christlichen Führer vor einem überreifen oder ausichtslosen Streik warnten, dann wurde in der Presse, in Versammlungen, kurz auf alle mögliche Weise gegen die selben gehetzt. Wie wurden die Mitglieder des christlichen Verbandes da umschmeichelt von den roten Simpeltänzern. „Kommt nur zu uns, der „deutsche“ Verband wird es schon machen“, so wurde unsern Mitgliedern vorgepredigt. Die „Solidarität der Gesamtarbeiterschaft“ war das Zauberwort, welches alle Goldquellen erschließen und alle Schwierigkeiten überwinden sollte.

Die sollen es die „freien“ Mitglieder da verstehen, wenn sie dann plötzlich die Chancen eines Kampfes nicht abwägen und sich auch mit dem Gedanken einer evtl. Niederlage vertraut machen sollen. Es entbehrt gewiß nicht eines komischen Beiwerkchens, wenn der Vorstand des „deutschen“ Verbandes sich jetzt beklagt, daß gewisse Mitglieder, wenn ihnen der Vorstand nicht zu Willen sein will, mit der Drohung bei der Hand sind: „Ja, da gehen wir zum christlichen Verband.“ „In Gottes Namen“, bemerkt dazu der „Textilarbeiter“, „unsern Segen haben sie dazu.“ „Nun, warum denn plötzlich so freigebig?“ Das entspricht doch nicht „der hehren Mission der modernen Arbeiterbewegung“, daß die Mitglieder aus den „freien“ Gewerkschaften in die christlichen laufen. Was wird Feinhals-Nachen dazu sagen?

lage zugeföhren. Solche Vorgänge haben sich bis in die letzte Zeit wiederholt. Wenn es sich nun dabei nur um die Arbeiter handelte, die den Streik beschloßen, so wäre es immerhin schade um das Geld, das die Organisation verpulvern mußte, aber es mochte, wenn auch als Warnung nur, immer noch hingenommen werden. Ganz anders aber werden die Dinge, wenn man sich die Tendenz der Unternehmerverbände vergegenwärtigt, jene Tendenz, eben, auch den kleinsten Kampf der Arbeiter durch eine große Aussperrung niederzuschlagen. Ist es nicht angelehnt dieser Tatsache ein geradezu verhängnisvolles Verlangen, den Mitgliedern einer einzigen Ortsverwaltung das Recht zuzugestehen zu wollen, den entscheidenden und verantwortungsvollen Schritt einer Kriegserklärung an das Unternehmertum vorzunehmen zu lassen? Solche Anstalten werden aber heute von den Mitgliedern verschiedener Orte an die Organisation gestellt, und da ihnen unmöglich stattgegeben werden kann, so ergeben sich diese Mitglieder in den wichtigsten Schimpfereien auf die Leiter der Organisation, welche die verantwortungsvolle Pflicht haben, für die Aufrechterhaltung und Einhaltung der Beziehungen der Organisationsmitglieder zueinander regelnden statutarischen Bestimmungen zu sorgen. Was in letzter Zeit nach dieser Richtung hin von einer Anzahl Mitglieder geföhrt worden ist, das ist einer Organisation mit demokratischen Einrichtungen unwürdig im höchsten Grade. Man beschränkt sich nicht mehr darauf, jene Kollegen sachlich in der unberechtigten Weise heranzuzureißen, sondern vergriff sich auch an ihrer persönlichen Ehre in der allerschwersten Weise. Es ist einfach ein Skandal, wenn man sich, wie es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, in den Versammlungen hinsteilt und die schwere Beschuldigung in die Masse schleudert, die Vorstandsmitglieder hätten die Genehmigung zum Streik nur deshalb verzagt, weil sie von den Fabrikanten bestochen worden seien.

Diese Vorgänge werden ja auf der nächsten Generalversammlung ihr Nachspiel haben. Wir konstatieren nur heute, daß es bis jetzt noch keinem dieser persönlichen Ehrabschneider eingefallen ist — was doch geradezu ihre Pflicht wäre, wenn sie für ihre Behauptungen nur einen Schimmer von Beweis hätten —, sich an den Ausschuß des Verbandes in Geta zu wenden, damit die Beschuldigungen geprüft würden. Man kennt nur zu gut die Ehrlosigkeit, welche in der Erhebung dieser Anschuldigung wider besseres Wissen liegt, und deshalb wendet man sich nicht an den Ausschuß. Denn solche Personen, welche wider besseres Wissen eine solche persönliche Ehrabschneideri betreiben, schädigen die Organisation in einer Weise, daß ein Platz für sie in der Organisation unmöglich mehr sein kann.“

Nach dem Gehändnis des „Textilarbeiter“ ist es also häufig vorgekommen, daß sich die „Deutschen“ kopflos in einen von vornherein aussichtslosen Streik stürzten. Wenn dann aber Führer der christlichen Organisation Marnesmut genug besaßen, um die Arbeiter auf das Verderbliche ihres Handelns aufmerksam zu machen, dann schimpften die „Genossen“ in Bunde mit der roten Presse über die christlichen „Arbeiterverrat.“

Daß auch die sozialdemokratische Presse ein großes Maß von Schuld trägt an der Heße gegen die Verbandsführer, bestätigt jetzt just zur rechten Zeit ein „Genosse“ August Wünnig in der „Neuen Zeit“ (Nr. 34). Derselbe beantwortet die Frage, was die Verbandsleitungen von der Presse verlangen können dahin, daß zu fordern ist, daß die Parteipresse die von der Gewerkschaftsleitung empfohlene Taktik tatkräftig unterstützt und daß sie besonders in solchen Fällen, wo Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, ihren ganzen Einfluß dafür einsetzt, diese Taktik allgemein zur Anerkennung zu bringen.“

Die „freien“ Gewerkschaften sehen bereits mit Grauen die Saat des Klassenkampfes reifen. Hier werden aber alle Mahnungen zur „Einfuhr“ solange erfolglos bleiben, bis sie die unnatürlichen Bande zerprengt haben, welche sie jetzt an die Sozialdemokratie fesseln. Gewerkschaftsarbeit ist Gegenwartsarbeit, nichterne Gegenwartsarbeit, Gewerkschaftsarbeit will auf dem Vorhandenen aufbauen, will bessern, will Schäden heilen. Ein solches Streben ist aber unvereinbar mit den Zielen einer Partei, welche die bestehenden Verhältnisse von Grund aus umgestalten will und deren Ziel die Zerstörung alles Vorhandenen zur notwendigen Voraussetzung hat.

Internationale Vereinigung christlicher Textilarbeiter-Organisationen.
Die diesjährige Konferenz der leitenden Kommission unserer internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen fand am 21. Mai cr. in Enschede (Holland) statt. Anwesend waren die Kollegen Schiffer und Hermes-Deutschland, Debruyne-Belgien, Verweid-Holland, sowie der internationale Sekretär Hüsing. Als Gäste wohnten den Verhandlungen bei die Kollegen Stins und Senfink-Enschede, ferner Kollege Peutmann-Gronau. Entschuldigend hatte sich Kollege Wislawa-Wien, da der österreichische Bruderverband gerade zu derselben Zeit seinen ersten Verbandstag abhielt.
Vor Eintritt in die Verhandlungen, welche unter dem Vorsitz des Kollegen Schiffer stattfanden, wurde festgestellt, daß die einzelnen Landesverbände der österreichischen Schwesterorganisation Gratulationschreiben und Herr Hüsing namens der internationalen Kommission ein Glückwunschtelegramm geschickt hatte. Einer an den Kollegen Schiffer ergangenen Bitte, dem Verbandstage in Wien beizuwohnen, hat nicht entsprochen werden können.
Die Kommission nahm zunächst den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht des Sekretärs entgegen. Dieser Bericht — ausführlich gehalten — wird ebenso wie der Kassenbericht des Rechnungsführers Debruyne dem nächsten Kongress vorgelegt werden.
Bei dem folgenden Punkt der Tagesordnung: Stand und Entwicklung der angeschlossenen

Landesverbände kam es zu einer eingehenden Berichterstattung und einer regen Debatte. Die Mitgliederverhältnisse haben sich allenthalben — teils in recht günstiger Weise — weiter gebessert. Ueber die diesbezügliche Entwicklung möge folgende Tabelle Auskunft geben:

Landesverband	Anfang 1904		1. April 1905		1. April 1906		1. April 1907		
	Ortsg.	Mitgl.	Ortsg.	Mitgl.	Ortsg.	Mitgl.	Ortsg.	Mitgl.	
Deutschland	145	16 557	181	23 853	224	31 837	—	—	
Belgien	9	2 620	16	3 235	18	4 276	34	4 600	
Holland	10	1 300	14	2 014	19	4 040	25	4 700	
Oesterreich	—	—	—	—	23	1 583	81	7 740	
Total		164	20 477	211	29 082	284	41 736	—	—

Die stetige, wenn auch nicht gerade lawinenhafte Entwicklung des deutschen Verbandes ist bekannt. Kollege Schiffer berichtete ausführlich über unsere agitatorischen Bemühungen im letzten Jahre. Der Verband habe in manchen Gegenden Deutschlands noch gute Aussichten, allerdings dürfe keine schablonenhafte Agitationsmethode zur Anwendung kommen, vielmehr seien die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen zu berücksichtigen. Mit der Freistellung weiterer Kräfte (Bezirks- und Lokalbeamten) sei fortgefahren worden, der Verband habe jetzt insgesamt 31 Beamte. Der agitatorische Erfolg müsse abgewartet werden, ebenso die Wirkung des Staffelbeitragsystems. Erfreulich sei, daß unsere Mitglieder an manchen Orten lokale Extrabeiträge entrichteten und auf diese Weise die Freistellung von Lokalbeamten ermöglicht hätten.

Der belgische Bruderverband würde z. Bt. 6800 Mitglieder haben, wenn nicht eine gewerkschaftliche Kinderkrankheit ihn über mitgespielt haben würde. Im vergangenen Jahre wollte nämlich der Verband den dritten Beamten freistellen. Der Posten wurde ausgeschrieben und war zur Bedingung gemacht, daß die Bewerber eine Prüfung zu bestehen hätten. Unter den Referenten waren auch zwei lokale Führer aus Gent, die jedoch im Examen von einem landlichen Kollegen übertrumpfen wurden. Als nun dieser Kollege den vereinbarten Bestimmungen gemäß die Beamtenstelle erhielt, erklärten sich die in getrennten Spezialgruppen organisierten Baumwoll- und Flachweber in Gent mit ihren „verhältnismäßig“ Führern solidarisch und traten aus dem Zentralverband aus. Diese Gruppen zählen zusammen 2200 Mitglieder — sie haben Lokalverbände gegründet.

Die Tatsache, daß solche Kleinlichen, persönlichen Fragen noch so erhebliche und verderbliche Folgen zeitigen können, wirkt auf die betr. belgischen Mitglieder kein gutes Licht. Hoffentlich besinnen sie sich bald wieder auf ihre gewerkschaftliche Pflicht, deren A-B-C Disziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit heißt.

Im übrigen hat der belgische Verband gute agitatorische Fortschritte gemacht. Durch zahlreiche Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen wurden Verbesserungen erzielt. Leider ist die Zentraltasse den steigerten Anforderungen nicht gewachsen, da der Löwenanteil der überhaupt noch nicht einheitlich geregelten Mitgliedsbeiträge den Ortsgruppen verbleibt. Mit diesen veralteten Traditionen sollte doch endlich aufgeräumt werden. Wenn eine Organisation lebens- und leistungsfähig sein soll, darf das demokratische Prinzip nicht zum gemeinschaftlichen Extrem ausweichen.

Der holländische Verband „Unitas“ ist aus seiner „konfessionellen Krise“ noch nicht heraus. Seitdem der holländische Episkopat die bekannte Stellung eingenommen hat und führende Politiker mit ihren etwas einseitigen Anschauungen und Vorforderungen sich auch bei einem Teil der Gewerkschaftsführer Einfluß verschafft haben, will es mit der Förderung des eigentlichen Zentralisationsgedankens nicht mehr vorwärts gehen. Die Emanzipation der Gewerkschaft von den Arbeitervereinen, welche doch das natürliche Ziel sein sollte, ist wieder in weitere Ferne gerückt. Man will eine Art dominierte Föderation schaffen, um äußerlich die Organisationsheit, d. h. die Zentralisation und den interkonfessionellen Charakter der Gewerkschaft zur Geltung zu bringen. Die Leiter und Freunde dieses Gedankens sagen: dieser Weg sei der einzig gangbare, er bilde allein die Brücke zur vollkommener Zentralisation etc. Vielleicht haben sie nicht so ganz Unrecht, allein wir können das Gefühl nicht los werden, daß in Holland allzuviel von Nichtarbeitern in die Gewerkschaftsbewegung hinein regiert wird und daß diese „Nebenregierung“ nicht nur allein das Interesse der Arbeiter und der Bewegung im Auge hat, sondern auch Nebenwecke verfolgt. Zu wünschen wäre der christlichen Arbeiterheit in Holland recht viel Weisheit und voll gerütteltes Maß von Selbständigkeit.

Der christliche Textilarbeiterverband Oesterreichs, diese zwei Jahre alte Organisation, hat sich außerordentlich gut entwickelt. Auf der Generalversammlung, die zu Pfingsten in Wien stattfand, wurde konstatiert, daß die Mitgliederzahl bereits auf über 8000 angewachsen sei. Aus 29 Mitgliedern des ehemaligen Wiener Brudervereins ist diese nunmehr starke christliche Gewerkschaft Oesterreichs hervor gegangen. Der Verband, welcher in ganz hervorragendem Maße an Kämpfen beteiligt war, hatte im Jahre 1906 eine Einnahme von 41 000 Kronen, eine Ausgabe von 30 400 Kr. (darunter über 20 000 Kr. an Streikunterstützung) und Ende des Jahres einen Vermögensbestand von 10 557 Kronen. Die Generalversammlung hat eine

Reihe zeitgemäßer Reformen beschloßen, so u. a. die Einführung der Krankenunterstützung und eines Streiklassen-Extrabeitrages von 6 Heller pro Woche und Mitglied.

Alle Verbände haben eigene Blätter; die Erscheinungsweise ist in Deutschland wöchentlich, in Oesterreich alle drei Wochen, in Belgien halbmöndlich, in Holland wöchentlich.

Beante hat der belgische Verband 3, der holländische 4, der österreichische 4.

Mit dem christlichen Textilarbeiterverband der Schweiz, der etwa 6000 Mitglieder zählt (darunter 5000 Arbeiterinnen) sind im vorigen Jahre Verhandlungen über den Eintritt dieses Verbandes in die internationale Vereinigung gepflogen worden. Die Schweizer hatten für dieses Jahr (1907) ihren Beitritt in Aussicht gestellt, namentlich für den Fall, daß der nächste Kongress in der Schweiz stattfände. Der Anschluß der Schweizer ist jetzt erfolgt. Wir entbieten unserm neuen Bruderverbande schon jetzt unsern herzlichsten Willkommen-Gruß.

Der Verband ist in letzter Zeit reorganisiert worden, die Beiträge fließen jetzt zu 75% in die Zentraltasse und ein eigenes Organ wurde herausgegeben.

In Frankreich und Italien konnten trotz der aufgewandten Mühen entsprechende Verbindungen nicht erreicht werden. In beiden Ländern scheint schlechter Boden für zielbewusste christliche Gewerkschaften zu sein.

Die internationale Kommission nahm schließlich noch Stellung zu der Frage, wann und wo der diesjährige Kongress abgehalten sei. Der Kongress soll am 12., 13. und 14. August cr. in Bärlich stattfinden.

Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

- 1) Geschäftsbericht des Sekretärs der internationalen Vereinigung christl. Textilarbeiterorganisationen (Berichterstatte: I. J. Hüsing-Enschede-Holland);
- 2) Bericht über die internationale Unterstützungstasse (Referent: René Debruyne-Gent-Belgien);
- 3) Bericht über Entwicklung und Stand der angeschlossenen Landesorganisationen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt in Deutschland, Oesterreich, Holland, Belgien, der Schweiz, Italien und Frankreich;
- 4) Regelung der Organisationsverhältnisse an den Grenzen (Berichterstatte: Verweid-Enschede und Peutmann-Gronau);
- 5) Gewerkschaftstabelle und Lokalbeamte (Referent: F. Fischer-Mülhausen i. G.);
- 6) Einigungsmethoden in der englischen Textilindustrie (Referent: E. M. Schiffer-Düsseldorf.)

Das Streikrecht in öffentlichen Betrieben.

Zu dieser, in letzter Zeit sehr viel diskutierten Frage schreibt der bekannte Sozialpolitiker Landgerichtsrat Kulemann in der „Sozialen Praxis“: Der Streik der Pariser Elektrizitätsarbeiter hat von neuem eine Frage in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt, die vor einigen Monaten bei Erörterung des Gesetzesentwurfes über die Berufsvereine Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen war und bei der zu erwartenden Wiederholung dieses oder eines ungearbeiteten Entwurfes zur Entscheidung gebracht werden muß, nämlich die Frage, inwiefern es berechtigt ist, in Betrieben, deren Unterbrechung mit erheblichen Schädigungen der Gesamtheit verbunden ist, — wir können sie kurz als öffentliche Betriebe bezeichnen — das Organisations- und Streikrecht der Arbeitnehmer einer Einschränkung zu unterwerfen. Wäre die damalige Vorlage Gesetz geworden und ereignete sich ein Fall, wie der Pariser, in Deutschland, so würde dem betreffenden Berufsvereine die Rechtsfähigkeit zu entziehen sein, denn dies sollte geschehen, falls ein Verein „einen Arbeitsausstand herbeiführt oder fördert, der mit Rücksicht auf die Natur oder Bestimmung des Betriebes geeignet ist, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeiführen, oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen.“ Nach weiter geht ein jetzt im „Tag“ veröffentlichter Vorstoß des Amtsrichters Reimich in Greifenberg, der jede gemeinschaftliche unbedingte Arbeitsseinstellung „in einem wirtschaftlichen Betriebe des Staates oder einer unter Staatsaufsicht stehenden Verwaltung oder in einem gemeinnützigen oder hauptsächlich auf die Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse gerichteten Privatbetriebe“ mit Geldstrafe bis 1000 Mark oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestrafen will. In Frankreich hat bekanntlich die Regierung die Arbeiter der Streikenden durch Soldaten ausführen lassen, und die Kammer hat mit erdrückender Mehrheit den Ausführungen des Ministerspräsidenten Beiffal gesendet, daß „das Recht der Arbeiterschaft an dem Rechte der Gesamtheit keine Schranken finden müsse“.

Es ist auffällig, daß eine Regierung, in der zwei Sozialisten sitzen, glaubt, eine so schwierige Frage mit so inhaltlosen Fragen erörtern zu können. Die Schwierigkeit liegt eben darin, daß sich zwei Forderungen gegenüberstehen, die beide als berechtigt anerkannt werden müssen, die sich aber gegenständig auszusprechen scheinen. Auf der einen Seite steht das Recht der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und zu diesem Zwecke das wirksamste Mittel der Selbsthilfe, den Streik, anzuwenden, auf der anderen der Anspruch der Gesamtheit, daß nicht durch Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Ar-

beitnehmern öffentliche Notstände herbeigeführt werden. Die Frage, wie da ein Ausgleich geschaffen werden könne, scheint wichtig genug, um sie hier einer Erörterung zu unterziehen.

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen, so halte ich sowohl den Vorschlag des deutschen Gewerkschafts und des Amtsrates Reichs, wie das Vorgehen der französischen Regierung für durchaus verfehlt, denn sie führen sämtlich nicht zu einem befriedigenden Ausgleich der beiden Forderungen und widerstreitenden Interessen, sondern zu einer einfachen Unterdrückung der einen der beiden streitenden Parteien. Kann die Pariser Gewerkschaftsgesellschaft darauf rechnen, daß bei Ausständen ihrer Arbeiter ohne weiteres deren Tätigkeit durch Soldaten besorgt wird, so ist sie offenbar Herrin der Lage und instande, ihren Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktiert. Die letzteren sind dann nicht mehr gleichberechtigte Vertragspartner und freie Arbeiter, sondern rechtliche Sklaven.

Fassen wir zunächst etwas schärfer ins Auge, um welche Betriebe es sich handelt. Man spricht von solchen, an deren Aufrechterhaltung die Öffentlichkeit interessiert ist. Aber ist das nicht bei allen der Fall? Mit allen Arbeitsstellen ist ein Verlust von Nationalerinkommen verbunden, und es gibt keinen Industriezweig, dessen Aufrechterhaltung für längere Zeit nicht eine Beeinträchtigung der gesamten Volkswirtschaft mit sich brächte. Offenbar handelt es sich um durchaus riesige Betriebe, und gerade die unbedeutende Formalkontrolle der berechtigten Unternehmung bildet einen der gegen den deutschen Entwurf mit Recht erheblichen Vorwürfe. Aber lassen wir diese Schwierigkeit ganz bei Seite und halten uns lediglich an den prinzipiellen Gesichtspunkt, so handelt es sich um folgenden Gedankengang:

Die Grundlage der heutigen Betriebsorganisation beruht darauf, daß die Gütererzeugung — im weitesten Sinne verstanden — der Privatinitiative überlassen ist. Zumindest gibt es von dieser Regel Ausnahmen, indem gewisse Betriebe vom Staat und den Gemeinden in die Hand genommen sind. Deshalb ist das geäußert worden: Offenbar deshalb, weil man glaubt, daß an diesen Betrieben die Gesamtheit in höherem Maße interessiert ist als an anderen. Ist aber das Übergewicht des öffentlichen Interesses der Grund, weshalb man gewisse Tätigkeiten den staatlichen oder gemeindlichen Organen überweist, so ist es ein öffentlichlicher innerer Widerspruch, Betriebe, in denen dieses Interesse so groß ist, daß man ihnen zu Liebe das Streikrecht der Arbeiter auszuheben zu müssen glaubt, der Privatindustrie zu überlassen. Die Verstaatlichung dieser Betriebe ist die nachdrückliche logische Konsequenz aus dem Gesichtspunkte, aus dem man die Aufhebung des Streikrechts fordert.

Aber es gibt auch noch eine andere Lösung der Schwierigkeit, die den Privatbetrieb nicht antastet und deshalb geboten ist, wenn man sich zur Verstaatlichung nicht entschließen will. Nämlich wir uns an den Fall, um den es sich in Paris handelt. Die in den Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter haben gewisse Forderungen erhoben, die von der Direktion abgelehnt wurden. Welche von den beiden Parteien sachlich im Rechte war, müssen wir als offene Frage behandeln, da ausreichendes Material zu ihrer Beantwortung nicht vorliegt. Was hat nun die französische Regierung getan? Hat sie über Recht oder Unrecht der Streitenden entschieden und aus dem Grunde zumgunsten der Arbeiter ein gegeben, weil sie deren Forderungen für ungeduldet erachtete? Keineswegs. Auch die französische Regierung nimmt zu dem Streikrecht sachlich keine Stellung, sie zieht lediglich daraus, daß der Pariser Bevölkerung das elektrische Licht nicht entzogen werden dürfe, den Schluß, daß die Arbeiter zum Nachgeben gezwungen werden müßten. Ist das nicht eine unerbittliche Ungerechtigkeit? Deshalb zweifelt man dem nicht die Forderung, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen? Auch dann war ja die Unterbrechung des Betriebes vermieden. Ich will nicht etwa behaupten, daß die Regierung dies hätte tun sollen, ich will nur darauf hinweisen, daß dieser Weg genau ebenso nahe lag und sich mit ebenso viel oder eben so wenig Recht betreten ließ wie die Unterdrückung der Arbeiter.

Was für den Pariser Fall zutrifft, gilt für die Lösung solcher Konflikte ganz allgemein. Ueberläßt der Staat in der Regel die Aufrechterhaltung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so ist es nicht nur die Erfüllung bestehender Verträge, sondern um die künftige Befriedigung des Arbeitsverhältnisses handelt, der Selbsthilfe der Parteien, so muß offenbar da, wo man diese wegen der mit ihr verbundenen Störungen des Wirtschaftslebens nicht glaubt gestatten zu können, an ihre Stelle die Entscheidung durch staatliche Instanzen treten. Die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen, indem man ihnen das Streikrecht vorzuziehen oder unmöglich macht, läßt daraus hinaus, die im Interesse der Gesamtheit erforderlichen Opfer auf einzelne Bevölkerungsklassen abzuwälzen, und was notwendig bei dieser Klasse die Erbitterung gegen die Staatsherrschaft erzeugen.

Damit gelangen wir zu der Forderung obligatorischer Schiedsgerichte, die bekanntlich in mehreren Staaten von Australien bis hin zu den durch den Entwurf des Reichsministers Willenand in Frankreich eingeführt werden sollten. Wenn damals der Vorschlag sowohl von bürgerlicher wie von sozialdemokratischer Seite überwiegend beifällig wurde, so lag der Grund in erster Linie in der Erwägung, daß es nicht Aufgabe des Staates sei, die Arbeitsbedingungen festzusetzen, und daß es außerhalb seiner Macht liege, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ihrer Zurechtweisung zu zwingen. Dieser Entschluß beruht auf einem Gedankenfehler, nämlich auf der Vermengung zwischen einer positiven und einer negativen Entscheidung. Wenn der Staat die Entscheidung der Schiedsrichter zur Geltung bringt, so geschieht das nicht so, daß er die beiden Streitparteien zwingt, sie zu befolgen, also in der Form, daß die Arbeitgeber angehalten werden, zu den festgestellten Bedingungen arbeiten zu lassen, und die Arbeitnehmer, unter diesen zu arbeiten, sondern der Staat verbietet nur, daß der Betrieb auf einer anderen Grundlage fortgeführt wird. Der sich der getroffenen Entscheidung nicht fügen will, braucht es nicht, aber er muß dann auf seine bisherige gewerbliche Tätigkeit überhaupt verzichten. Ein solcher Eingriff ist durchaus nicht neu, denn er bildet den Grundgedanken der gesamten Arbeiterverpflichtung. Wenn die dort getommenen Vorurteile nicht beseitigt werden, so hindert der Staat den Betrieb, ist es unmittelbar durch politische Schließung oder mittelbar durch Verstaatlichung obligatorischer Schiedsgerichte be-

deutet also lediglich die Uebertragung des Gedankens der Arbeiterverpflichtung auf das ganze Arbeitsverhältnis.

Es ist hier nicht der Ort, zu entscheiden, ob nicht trotz der Unrichtigkeit dieses Einwandes gegen die allgemeine Einführung obligatorischer Schiedsgerichte berechtigte Bedenken erhoben werden können; denn hier haben wir es nur mit öffentlichen Betrieben zu tun. Für sie bieten, solange man deren Verstaatlichung ablehnt, solche Gerichte den einzig logisch berechtigten und praktisch möglichen Ausweg. Das können selbst diejenigen zugeben, die grundsätzlich obligatorische Schiedsgerichte nicht billigen, denn es handelt sich ja um Betriebe, die eine Ausnahmestellung einnehmen und für die deshalb eine Ausnahmebehandlung ebenso gerechtfertigt ist, wie wenn man für die Heimarbeit die im übrigen abgelehnte Forderung eines Minimallohnes erhebt.

Man hat wohl eingewendet, daß ein solcher Schiedsgericht ein Schiedsgericht gegen öffentliche Betriebe gerade deshalb nicht bietet, weil, wie schon ausgeführt, weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer zu dessen Befolgung gezwungen werden könnten. Gemäß ist das richtig, aber erstens ist dann die Lage jedenfalls nicht ungünstiger geworden als heute, und zweitens ist sie infolgedessen ganz wesentlich geändert, als, wenn die Arbeiter es sind, die dem Schiedsrichter den Gehorsam versagen, dann für den Staat kein Hindernis vorliegt, alle die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu ergreifen, die heute eine Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter bedeuten. Zu einer Befragung, wie sie Reichsminister vorgeschlagen, ist selbst dann kein Anlaß gegeben, solange man an der bisherigen Grenzziehung zwischen Zivil- und Strafrecht festhält und bei anderen zivilrechtlichen Ansprüchen davon absteht, ihre abschließliche Nichterfüllung durch Strafe zu fügen.

Ich sagte oben, es gäbe für die Lösung der Streitfrage in öffentlichen Betrieben zwei Wege, entweder die Verstaatlichung oder die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte. Das war ein im Interesse der kurze gewählter ungenauer Ausdruck; denn auch für den Fall der Verstaatlichung sind solche Gerichte nicht zu entbehren. Den Arbeitern in Staatsbetrieben das Streikrecht nehmen, ohne in anderer Weise sie gegen Vergewaltigung zu schützen, bedeutet das gleiche Unrecht, dessen die irrationale Regierung sich schuldig gemacht hat. Bei der letzten Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform wurde von einem Redner ausgeführt, der Staat könne und werde sich niemals einem Schiedsgerichte unterstellen. Ich verstehe nicht, wie man diese Auffassung vertreten kann gegenüber der Tatsache, daß schon heute täglich der Staat in Streitigkeiten mit Privatpersonen von Zivilgerichten und Verwaltungsgerichten Recht nimmt.

Ja, bei staatlichen Betrieben ist im Gegenteil der Schutz der Arbeiter noch notwendiger, als in der Privatindustrie, denn der Staat ist ein viel mächtigerer wirtschaftlicher Gegner als der private Arbeitgeber. Man kann auch nicht etwa sagen, in Staatsbetrieben bestünde ein geringerer Interessengegensatz beider Parteien. Der Staat ist ein abstrakter Begriff, eine bloße Gedankenabstraktion, ebenso wie die Mittelschicht. Bei beiden gelten Handlungen der dazu ernannten Personen als Willensäußerungen des nur in der Idee bestehenden Rechtssubjektes. Auf diese Personen also kommt es allein an. Ob aber ein Herr A. A. Leiter eines staatlichen Betriebes oder Direktor einer Privatgesellschaft ist, begründet für jene Stellung zu den Arbeitern keinerlei Unterschied. Persönlich ist er in beiden Fällen nicht interessiert, aber jene Stellung als Vertreter der Arbeitgeberinteressen bringt ihn in einen natürlichen Gegensatz zu den Arbeitern. Dieser Gegensatz aber führt notwendig zu einer Einseitigkeit seines Urteils. Darin besteht aus besonderen Gründen eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und den Arbeitern in dem von ihm geleiteten Betriebe nicht auf dem natürlichen Wege der Selbsthilfe aufgetragen werden, so ist eine unparteiische Entscheidung nötig, mag der Betrieb staatlich oder privat (Öffentlich) tragen.

Das das nicht etwa das Ergebnis theoretischer Erwägungen ist, beweist die tägliche Erfahrung. Eingriffe der Arbeitgeber in das private Leben der Arbeiter, wie die Vereinstilgung ihrer politischen Ueberzeugung, insbesondere durch Verbot des Lesens sozialer Zeitschriften oder Vorkauf der Kampfschriften ihrer wirtschaftlichen Organisationen unter dem Vorwande, daß diese unangenehm für die Natur seien, sind wir mindestens ebenso häufig in staatlichen wie in privaten Betrieben. Aber bei den letzteren sind sie noch aufwendiger zu machen als bei den letzteren, weil der Name in noch höherem Grade Gewicht darauf legen sollte, die Schädigung des allgemeinen staatlichen Interesses zu vermeiden, die dadurch herbeigeführt wird, daß die Arbeiter infolge des ihnen zugewiesenen Karrens in eine Erbitterung gegen die gesamte Staatsherrschaft hineingetrieben werden.

Ich lasse zusammenfassen: In allen Fällen, mag es sich um private oder um staatliche Betriebe handeln, sobald das öffentliche Interesse es verbietet, eine Entscheidung durch Selbsthilfe zuzulassen, darf das Streikrecht nicht entzogen werden, ohne durch obligatorische Schiedsgerichte einen Ersatz zu bieten und einen gerechten Ausgleich der entzogenen Einseitigkeiten zu schaffen.

Es geht vorwärts in Dierjen.

Der vor etwa einem halben Jahr sich hier am Orte innerhalb der gewerblichen Kreise bewegte, der nunmehr sich unwillkürlich jagen: Die Arbeiter haben Dierjen's Schluß zu einem großen Teile noch, und die Arbeiter können nicht anfangen, weil ihnen der Fall fehlt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter hier selbst besitzen eben nicht die Schulung, welche notwendig ist, um die gemeinsamen Interessen zu vertreten, wie es sein muß. Vorwiegend haben wir es in Dierjen mit einer gut christlich und national gesinnten Arbeiterklasse zu tun. Es kann nun freudig begrüßt werden, daß auf der Generalversammlung unseres Verbandes die Devise ausgeprochen wurde: Zentralisation der Ortsgruppen und Zerschlagung von Lokalvereinen. Wer sich hier in Dierjen mit offenen Augen bewegt, der wird sagen können, daß seit der Einweisung eines Beamten die Organisation hier ganz gewaltig emporgeschritten ist und sich nach außen hin immer mehr Anerkennung verschafft hat. Durch die Tätigkeit unseres Beamten ist es gelungen, weitere Kreise auf das Werk und Wirken unserer Organisation aufmerksam zu machen. Und sind in diesen Betrieben die verschiedenen Kräfte abgeklärt und zum

Teil ganz bedeutende Lohnerhöhungen eingetreten. Die Dierjener Arbeiterklasse kommt allmählich zur Einsicht, daß sich der Verbandsbeitrag ganz gut rentiert und hohe Löhne und Zinseszinsen aufbringt. Stetig aufwärts bewegt sich die Mitgliederzahl hier am Orte. So können wir z. B. konstatieren, daß bis zum Ende des ersten Quartals 1907 rund 1700 Mitglieder zu verzeichnen waren. Heute können wir schon mit Stolz behaupten, die Zahl unserer Mitglieder hat 2000 überschritten. (Zu denselben zählen auch die Arbeiter der Firma Kaiser, die in kurzer Zeit an die Hilfs- und Transportarbeiter als selbständige Ortsgruppe abgetreten werden.) Der Tätigkeit unseres Beamten ist es auch zu verdanken, daß auch diese Leute sich endlich aufgerafft und neben der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit (früher 10 1/2 Stunde) ganz enorme Lohnerhöhungen zu verzeichnen haben.

Dem Emporblühen unserer Bewegung in Dierjen sehen nun gewisse Kreise mit Mißgunst und Neid entgegen. Vor allen Dingen sind es unsere lieben Brüder in den sogenannten „freien“ Organisationen, denen das Wachstum unserer Bewegung schwer im Magen liegt. Diefelben versuchen es nun, teils durch Verberbung der Wahrheit, teils durch Anpöbelung, unsern Beamten das Leben sauer zu machen. Auch hat man hier in Dierjen an dem Bureau unseres Beamten das Unschickliche beschuldigt, daß das auf höheren Befehl geschah von gewisser Seite, wollen wir nicht behaupten, wir hoffen, daß jeder anständige Mensch, auch wenn er Sozialdemokrat ist, dieses Gebahren verurteilt. Uns kümmern sonst die Mordelüste der hiesigen „Genossen“ sehr wenig. Nur das Eine wollen wir den lieben Brüdern verraten: im Interesse der hiesigen Arbeiterklasse haben wir bisher an geschwiegen; wir wollen den Bruderkampf unter den Arbeitern ebenso wenig, wie den Kampf im allgemeinen. Wenn sich aber J. A. und Genossen nicht bald eines anderen Benehmens befeigen, dann wird gewissen Leuten und die Genossenschaft vom Gesicht heruntergerissen. Wenn uns die „Genossen“ hier am Orte den Kampf aufzwingen wollen, gut, dann führen wir denselben und zwar so, daß auch nach langer Zeit die „Genossen“ es nicht mehr wagen werden, uns zu belästigen. Jedes Ding hat eben sein Ende und unsere Geduld auch.

Jedoch auch andere Kreise sehen mit scheelen Augen auf die mehr und mehr vorwärts drängende Arbeiterklasse. Die „Dierjener Zeitung“ sah sich seiner Zeit veranlaßt, die Aufnahme einer Anzeige der organisierten Arbeiter zu verweigern, wodurch die Bürger und Arbeiter Dierjens über einen Streitfall aufgeklärt werden sollten. Auf ein Eingehen unsererseits an die „Dierjener Volkszeitung“, verdrängte die „Dierjener Zeitung“ unsern Verband der politischen Parteilichkeit, ohne den Beweis dafür zu erbringen. Auf unsere Gegenantwort hat das Blatt sich ausgeprochen, wir neigten an, den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben, und daß die Liebe jaßen, sonst hätte man sich dort wohl gerechert: die Herren sind nämlich sonst durchaus nicht auf den Mund gefallen. Auch erklärte die „Dierj. Ztg.“ ihre Stellung als streng parteilich in der Arbeiterbewegung. Sie treibt ihre Parteilichkeit so weit, daß sie einen Artikel der „Arbeiter Zeitung“, den dieselbe während der Samstagsbewegung gebracht hatte, standlos abdruckt. In diesem Artikel werden eine Anzahl organisierter Arbeiter, und zwar keine kleine Anzahl, als Montagbrüder und Faulenzer beschrien.

Das war ein gesundes Freßfen für die „Dierjener Zeitung“. Aber eine Zeitung, welche gegenüber der organisierten Arbeiterklasse so handelt, beharrt auch der Unterstützung dieser Arbeiter nicht mehr.

Jedoch auch aller Widerwärtigkeiten haben wir uns in Dierjen allmählich die Achtung und Sympathie des größten Teiles der hiesigen Bürger erworben. Da dem Vorwärtsdrängen unserer Bewegung noch etwas hin kämen die hiesigen Arbeiter bis jetzt noch zufrieden sein. Aber nicht genug ist es, daß unsere Organisation nach außen hin erweist, auch nach innen muß dieselbe immer mehr ausgebaut werden. Da hat es nun ziemlich schwer, unsere Mitglieder von alten Standpunkten abzubringen. Unsere Förderer und Vertrauensleute sind treue und alte Mitglieder unserer Organisation; wir glauben auch, das niemand in andere ist, dieselben vom Verstande abzubringen. Aber es sind ihnen zu wenig, die Arbeit kann von denselben nicht mehr bewältigt werden. Gerade auf einem gut aufgebauten Förderer- und Vertrauensmännersystem ruht nach innen hin die ganze Stärke unserer Organisation. Es ist darum unbedingt notwendig, daß neue Förderer herangezogen werden. Ganz besonders männchenweise erweist es uns, daß sich die Kolleginnen mal dieser Sache annehmen und sich etwas mehr um unsere Organisation kümmern. Wir haben ja in Dierjen 850 Arbeiterinnen in unserm Verbandsorganisiert. Das ist gewiß ein erfreuliches Zeichen. Aber es gibt hier nur zwei — ja, und ich würde zwei Förderinnen. Kollegen, es ist betrübend, daß dieses hier am dieser Stelle mal zur Sprache gebracht werden muß. Wir hoffen zuversichtlich, daß ein derartiges Verhältnis in kurzer Zeit gebessert wird. Die Parole muß lauten: Freiwilligkeit vor, und dann mit dem alten Schiedsrichtern gerichtlich aufzuräumen. Erscheint zu den Verbandsversammlungen und stellt auch mit in dem Dienst der Sache, die des Schiedsrichters der Eiden wert ist. Es ist unbedingt notwendig, daß alle mitarbeiten, auf daß unsere Bewegung weiter blühe und gedeihe zu Zug und frommen der hiesigen Arbeiterklasse im Verbände und der Bürgerklasse im allgemeinen.

Aus Emsdetten.

Diesen Herbst werden es vier Jahre, seitdem der christliche Textilarbeiterverband in Emsdetten seinen Einzug gehalten hat. Manches ist in der Zeit geschehen. Manches haben die Kollegen und Kolleginnen miterleben und durchmachen müssen. Die Verhältnisse zu bessern und sie noch fernzuhalten für die Organisation zu gewinnen, das war das Ideal der führenden Kollegen. Beides ist ziemlich erreicht, wenn auch nicht in dem Maße, wie es mancher wohl geglaubt hätte. Unsere Mitgliederzahl beträgt über 1200 Kolleginnen und Kollegen. Etwa 10% aller Arbeiter Emsdetten sind gewerkschaftlich organisiert. Eine schöne Zahl, und demnach dürfen wir nicht ruhen. Auch die letzten müssen noch kommen. Sollten alle unsere Mitglieder mitarbeiten, so wäre dieses ein leichtes, aber da haben's wir gewaltig. Mancher und mancher ist nicht, was zur Hebung der Ortsgruppe notwendig wäre. Besonders die Kolleginnen müssen mehr Eifer zeigen. Die meisten Unorganisierten sind in

den Spinnereien anzutreffen. Hier wäre es Zeit die Emsdetten und riefstündigen Elemente aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und sie für unsere Sache zu begeistern. Nicht immer ist es Fanatismus, viel mehr Unkenntnis, welche die Unorganisierten vom Verstande fernhält. Die größte Mehrzahl weiß wohl, daß sie Beiträge zahlen müssen, falls sie einer Gewerkschaft beitreten, und eventl. auch mal streiken können, darüber hinaus kommen sie nicht. Hier muß das Ideal unserer Arbeiterbewegung einfließen, die Gleichberechtigung mit andern Ständen usw., will man dauernde Erfolge haben. Ideal, welches inhaltreicher Wort! Es gibt aber auch noch eine ganze Anzahl Mitglieder, die vom Verstande nur Lohnerhöhungen erwarten. Treten diese nicht immer so ein, wie sie es wünschen, dann treten diese auch Mitglieder aus oder nörgeln in einer Weise, wie man es von vernünftigen und gereizten Männern nicht glauben sollte. Als der Textilarbeiterverband noch nicht in Emsdetten vertreten war, ließ man sich ruhig jede Lohnreduktion gefallen, ja man fand nicht mal ein Wort der Beschwerde. Heute heißt es: „Der Verband macht nichts.“ Der Ausschuss laugt nicht, weil er nicht sofort bereit ist, alles für sie zu tun. Solche Arbeiter sind vor einem Extrem ins andere gefallen. Kollegen und Kolleginnen! Auf eine solche Art und Weise kommen wir nicht zum Ziel. Ist denn nun in Emsdetten wirklich nichts geschehen? Wir glauben doch. Vor nunmehr zwei Jahren wurde die Kampfbewegung angebrocht. Im letzten Winter wurde sie durchgeführt. Wir haben den Kampf ausgenommen, weil wir im Recht waren. Die Anerkennung der Organisation ist uns zugefallen. (Vebauerliche Weise halten nicht alle Arbeiter, was sie versprochen.) Auch betreffs der Löhne ist es besser geworden. Manche Lohnzulage ist seitens der Arbeitgeber bewilligt, und wird auch noch manches erreicht werden können, wenn wir einig sind. Allerdings gibt es noch einige Arbeitgeber, die während der Kampfbewegung anscheinend nichts gelernt haben. Immer wieder fertigen sie die Arbeiter damit ab: „Wir zahlen die höchsten Löhne.“ Solche Behauptungen werden wir in der nächsten Zeit widerlegen können, wenn die Mitglieder ihre Lohnbücher gut und gewissenhaft ausfüllen. Mit Recht kann man wohl behaupten: alte Lohnsätze, die vor Jahren Gültigkeit hatten, sind mit den heutigen teuren Verhältnissen nicht mehr im Einklang zu bringen. Im allgemeinen ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer derart gestellt, daß beide Teile dem Frieden dienen wollen, eine Einigung, die wir freudig begrüßen.

In letzter Zeit sind die hiesigen Arbeitgeber eifrig bemüht gewesen, infolge Arbeitermangel auswärtige Kräfte herbeizuziehen, teils mit Erfolg. Besonders auf Arbeiterinnen hat man es abgesehen. Das vor einigen Jahren erbaute Josephshaus bietet billig Kost und Logis. Trotzdem scheint es den auswärtigen Arbeiterinnen nicht so recht zu behagen in diesem Heim. Mehrere haben daselbst schon wieder verlassen, aber o weh! Die Arbeitgeber stellen sie vor die Wahl, entweder im Josephshaus zu bleiben, oder es gibt in Emsdetten keine Arbeit mehr. Die Emsdetter Emsdetten sind zum größten Teile der Ansicht, daß dieses ein religiöses Einrichtung und zugleich eine Bildungsschule für heranwachsende Mädchen ist. Zwingen unsere Arbeitgeber nun diese Arbeiterinnen aus religiösen oder aus wirtschaftlichen Gründen? Wir glauben, das letztere trifft zu. Man will billige und willige Arbeitskräfte zur Verfügung haben, um den hiesigen Arbeitern damit gegeben falls in den Rücken fallen zu können. Bekanntlich sieht man es auch nicht gern, daß diese Arbeiterinnen sich organisieren. Wenn nun dieses die Sympathie bei der Arbeiterklasse und sonstigen Bürgern verloren hat, so liegt das zum größten Teile daran, daß unsere Arbeitgeber dieses nur in ihrem Sinne geleitet haben wollen. Wird der neugegründete Bauverein auch nach dieser Richtung hin blühen? Wird es auch dort später heißen: Gehst oder bleibst du nicht in der vom Bauverein gebauten Wohnung, so erhältst du keine Arbeit mehr ins Emsdetten? Trifft dieses zu, so war das Mißtrauen, welches der größte Teil der Arbeiterklasse dem Bauverein entgegenbrachte, voll und ganz berechtigt. Auch mit den männlichen auswärtigen Arbeitern macht man gerade keine guten Erfahrungen. Trotz aller Lohnzulagen, die man solchen Arbeitern gibt, im Gegenzug zu den hiesigen, mußte man es erleben, daß bei zwei Betrieben die Fensterheben eingeschlagen wurden. Wir als christliche Arbeiter verurteilen ein solches Vorgehen auf das entschiedenste, und können feststellen, daß diese Handlung sich mit Stolz Sozialdemokraten „nannten“. Im übrigen möchten wir nur wünschen, daß den hiesigen Arbeitern, besonders den Tagelöhnern, geeignete Lohnaufbesserungen gemacht würden, dann wäre es nicht notwendig, sich mit allerhand Enten herumzuschlagen. Arbeiter sind in Emsdetten zur Genüge vorhanden. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Bleibt stets treu der Organisation, suchet nach Möglichkeit die noch Fernstehenden zu gewinnen, auch diejenigen, die im Streit sind, auf die Gefahr hin, daß sie wandern müßten, denn nur durch Einigkeit und Solidarität aller Arbeiter und Arbeiterinnen kommen wir zum Ziele.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

Zu den größten Gewinnern der christlichen Bemerkungen in hiesiger Gegend gehört unstreitig die „Volksmacht“, Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die Lipptischen Fürstentümer. Es erscheinen wenig Nummern, in welchen nicht vom „Arbeiterverrat der Christlichen“ berichtet wird. Es ist ja auch ärgerlich für die „Genossen“, wenn die christlichen Organisationen trotz aller Bekämpfung immer weitere Fortschritte machen. Alle Mittel werden angewandt, um Mitglieder für die „freien“ Organisationen zu gewinnen, selbst Scheinmandate. So ging es auch mal wieder anfangs Mai dieses Jahres. Im vorigen Jahre waren auch mal für kurze Zeit eine Anzahl Textilarbeiter- und Arbeiterinnen für den „freien“ Verband gewonnen, und man triumphierte schon über die Christlichen, und doch schmolz das Häufchen „Frei-Organisierter“ immer mehr zusammen. Das war verdrähtlich, umfomehr, als der christliche Textilarbeiterverband in der Umgegend von Bielefeld nicht allein blühende Ortsgruppen, sondern auch für seine Mitglieder schöne Erfolge zu verzeichnen hat. Es mußte also auch mal wieder von „freier“ Seite etwas geschehen. „Genosse“ Caspar, Schreiner von Beruf, Agitator für den „deutschen Textilarbeiterverband“ und „Verächter“ aller Christlichen, berief die Arbeiter und

Arbeiterinnen der „meh. Weberei“ und der Weberei von C. A. Delius u. Söhne in Versammlungen zusammen. Hier wurde dann geschäftig über die überlange Arbeitszeit und schlechten Löhne geschimpft. Mehr Stunden Arbeit für genug. Mehr Lohn müsse gefordert werden. Dies könne aber nur erreicht werden, wenn alle sich dem „freien“ Textilarbeiterverbande anschließen. Eine Anzahl trat auch bei. Es wurden nun bei den Firmen Forderungen auf verkürzte Arbeitszeit und mehr Lohn eingereicht, im Einverständnis mit dem „Genossen“ Castrup. Man wollte die Forderungen „so ganz im Stillen durchsetzen“, wie „Genosse“ Castrup schrieb. Nicht aus Eigenbräuterei hatte man sich nicht mit den Christlichen in Follenbeck in Verbindung gesetzt. Diese wären ja noch nicht reif für die neunstündige Arbeitszeit.

Die Firmen lehnten aber ab, und nun traten über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen plötzlich zum größten Leidwesen des „Genossen“ Castrup am 3. Mai in den Streik. Die Leute meinten, sie wären ja nun organisiert, und der allmächtige deutsche Textilarbeiterverband müßte auch das tun, was er ihnen versprochen. Am 6. Mai fand dann eine große Versammlung in der „Zentralhalle“ statt, in welcher Köffel-Berlin und Castrup-Bielefeld nach Bericht der „Vollmacht“ referierten über — die „schlechte bürgerliche Presse“. Schon aus Neugierdegefühl müßte diese aus dem Hause gewiesen und nur die „Vollmacht“ gelesen werden. Durch diese Bewegung müßte die Organisation um 500 Mitglieder wachsen.

Als aber trotz alledem die Firmen nichts bewilligen wollten, veruchte der Vorsitzende des Gewerkschafts, Herr Bankgerichtsdirektor Löher, eine Vermittlung. Nach verschiedenen Bemühungen gelang es diesem, bei der „meh. Weberei“ sehr geringe Zugeständnisse zu erreichen (Bericht der „Vollmacht“) und beschloß diese Arbeiter am 15. Mai mit 206 gegen 163 Stimmen die Aufnahme der Arbeit. Die „Vollmacht“ schreibt hierüber am 16. Mai:

„Wie das Stimmverhältnis zeigt, haben sich die Arbeiterinnen nur mit schwerem Herzen zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. Und das ist nur begreiflich. Denn die Zugeständnisse, die den Streikenden gemacht sind, sind sehr gering. (1/4 Stunde weniger Arbeit pro Tag, weiter nichts. D. A.) Trotzdem ist die Aufnahme der Arbeit unbedingt das Klügste. Denn die Organisation der Arbeiterinnen dieser Fabrik ist leider noch nicht so stark, daß eine größere Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt werden kann. Bewußt können und dürfen sich die Arbeiterinnen mit dem Erträngen nicht begnügen, aber große Erfolge kann man eben nicht im Handumdrehen erreichen. Dazu gehört eine lang andauernde, zähe und unermüdete Arbeit.“

(Ganz recht! Nur das dieses kein Christlicher schreiben oder sagen darf. D. A.) Die Arbeit konnte aber erst nach zwei Tagen aufgenommen werden. Es wurde aber bekannt gegeben („Vollmacht“ am 14. Mai): Bis dahin zählt der Verband die Unterstützung, selbst für Nichtorganisierte. Was sagen die langjährigen Mitglieder dazu. D. A.)

Der Streik bei der Firma Delius wurde am 23. Mai beendet ohne jeden Erfolg. Nur ein Arbeiterauschuss wurde bewilligt.

Es war ja nun selbstredend, daß für den Vereinfall ein Sündenbock gesucht werden mußte, und dieser ist gefunden angebl. in den vier Musterwebern, welche im christlichen Verband sind und weiter gearbeitet haben. Einer war „frei“ organisiert und ist herausgegangen. Dieser mußte sich aber von Castrup sagen lassen, du hättest dich bleiben sollen, denn die Musterweberei haben mit der Sache nichts zu tun.

Die „Vollmacht“ brachte am 24. Mai einen Artikel, betitelt: „Rückblick auf die Streiks in der meh. Weberei und Seidenweberei C. A. Delius u. Söhne“. Es heißt dort:

„Im Jahre 1894 handelte es sich bei Delius um die Abwehr gegen Lohnverkürzungen. An der Bewegung selbst waren 130 Weberinnen beteiligt. Die übrigen Scheererinnen und Weberrinnen standen im Betrieb. Die Bewegung dauerte 14 Wochen, erreicht wurde nichts. Wie anders im Jahre 1907. Bei dieser Bewegung stellten die Arbeiterinnen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und 10 Prozent Lohnerhöhung.“ (Warum sagt man nicht wieder bei: Erreicht wurde nichts? D. A.)

Also die Vollmacht sieht schon einen Erfolg für die Arbeiter darin, daß sie Forderungen stellen. Wie dumm müssen doch die Arbeiter sein, die sich solches bieten lassen. Schöne Erfolge hat wahrlich diesmal die Bewegung der Textilarbeiter nur für die Sozialdemokratie gehabt. Verdächtig erbittert, zahnknirschend haben die Arbeiter wieder in die Betriebe gemußt. Die Verhältnisse sind gespannter als vorher. Das Vertrauen zur Organisation ist verloren. Und weshalb? Weil die ganze Bewegung nur ein Scheinmanöver war um Mitglieder zu fangen. Nichts ist gehalten worden. Eine ganz minimale Unterstützung ist ausbezahlt. Ohne jede Verbesserung, eher mit Verschlechterung mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Hauptweise treten die Arbeiterinnen wieder aus der Organisation. Daß es nur Scheinmanöver war, deutete „Genosse“ Castrup in der Versammlung am 4. Juni an, als er sagte: „Ich hatte nur deshalb die Genehmigung zur Kündigung gegeben, weil ich wußte, daß keine 20 den Mut hatten, die Kündigung auszusprechen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen machten aber einen Kontraktbruch.“

So vertritt „Genosse“ Castrup die Arbeiterinteressen und die „Vollmacht“ schändert. Wären doch die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem eigenen Interesse begreifen lernen, wo ihre Freunde sind. Diese sind nicht die „freien“ Gewerkschaften. Wir müßten uns verpflichten, über die hiesige verdrachte Bewegung zu berichten, weil der „Textilarbeiter“, Organ des Verbandes deutscher Textilarbeiter, kein Wort darüber gebracht hat. Die jetzige Bewegung in Bielefeld reißt sich würdig der Bewegung vor zwei Jahren bei Schönfeld in Herford an. Hier wie dort waren es die Vertreter des „freien“ Verbandes, welche die Arbeiter in den Streik trieben, der mit Niederlagen endete. Nicht dann ist ein Erfolg, eine Besserung der Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen, wenn die Arbeiter Forderungen stellen, wie die „Vollmacht“ sagt, sondern wenn Forderungen erfüllt werden.

Nach öfter werden wir, wenn „Genosse“ Castrup oder die „Vollmacht“ die christlichen Organisationen angreifen, auf die letzte verdrachte Bewegung hinweisen. Wir werden aber auch trotz aller Anfeindungen immer weiter unsere Organisation ausbreiten, ob mit oder ohne Willen der „Genossen“.

Kinden (Hannover).

Bur Lohnbewegung auf der Teppichfabrik wird uns geschrieben:

„Bei uns wird nicht gestreikt, deshalb hat der Verband für mich keinen Zweck“, so sagen manche Leute, welche sich vor dem Bezahlen der Beiträge drücken wollen. Daß diese Ausrede nicht stichhaltig ist, daß es auch anders kommen kann, lehrt der Farbenaustand auf der hiesigen Teppichfabrik. Im letzten Winter, im Januar, traten die Arbeiter genannter Fabrik in eine Lohnbewegung und erzielten außer anderen Verbesserungen eine Zulage von 25 Pfg. pro Tag. Da dieses ohne Kampf erreicht war, glaubten einige Arbeiter den Verband nicht mehr nötig zu haben und traten bald wieder aus. Vor einiger Zeit wurde ihnen nun seitens der Fabrikleitung zugemutet, Leberstunden in anderen Branchen, ohne Erhöhung des Stundenlohnes und ohne Pause zu machen. Da sich die Arbeiter nicht dazu verstehen wollten, wählten sie drei Mann, welche der Firma folgende Wünsche unterbreiten sollten: 1) zwei Leberstunden werden für einen viertel Tag gerechnet, 2) wenn des Abends zwei Leberstunden gemacht werden, tritt um 6 Uhr eine Pause von 20 Minuten ein, und 3) soll den Arbeitern vormittags gesagt werden, wenn abends länger gearbeitet werden soll.

Da dieses hier auf fast sämtlichen Fabriken schon üblich ist, und die Fabrikleitung im Januar Entgegenkommen gezeigt hatte, so glaubte kein Mensch an einen Streik. Doch die Sache kam anders. „Wer sich weigert, zu dem bisherigen Lohne Leberstunden zu machen, wird entlassen“, so lautete der Entschluß des Herrn Direktors; „und da Sie sich weigern, sind Sie hiermit entlassen“, zu einem Arbeiter, welcher sich vorstellig wurde. Die anderen Arbeiter erklärten sich dann mit ihrem Kollegen solidarisch und verließen den Betrieb. Jetzt hatte der Verband bei gewissen Leuten wieder Zweifel, sie wollten wieder mit zugehören und sich die fehlenden Wochenbeiträge von der Streikunterstützung abziehen lassen. Da wir uns aber nicht darauf einließen, wurde umher posant: „Der christliche Verband zahlt seinen Mitgliedern keine Unterstützung.“ Dieses ist eine gemeine Verleumdung. Der Verband hat nur zwei seiner früheren Mitglieder deshalb keine Unterstützung gezahlt, weil dieselben sieben Wochen vor dem Streik aus dem Verband ausgetreten waren. Wie der Streik 14 Tage gedauert hatte, und die Fabrikleitung trotz großer Anstrengung keine arbeitswilligen Elemente heranziehen konnte, und die Weberinnen Vorbereitungen trafen, auch in den Streik einzutreten, gab die Firma nach und bewilligte sämtliche Forderungen.

Wenn jetzt mancher Kollege oder manche Kollegin hier am Orte glaubt, bei uns kommt es nicht wieder zum Kampf, der möge hieraus die Lehre ziehen, daß selbst die geringfügigsten Ursachen Anlaß geben können zu einer Ausperrung oder zu einem Streik. Möge deshalb ein Jeder der Organisation treu bleiben und an die Unorganisierten herantreten, daß sich auch diese frühzeitig dem Verbands anschließen, damit sie, wenn es zum Kampfe kommt, die Kavazzeit erreicht haben, denn nach unserm neuen Statut wird nur demjenigen Streikunterstützung ausbezahlt, welcher 26 Wochen dem Verbands angehört hat. Ausnahmen können nicht mehr gemacht werden, da wir hier am Orte teilweise bittere Erfahrungen gemacht haben. Wer darüber Auskunft haben will, komme in unsere Mitgliederversammlungen. Auf der Meißnerischen Weberei geht es auch wieder, und es ist leicht möglich, daß bei Arbeitseinstellung einer Branche es zur Ausperrung sämtlicher Arbeiter kommen kann; darum Treue dem Verbands!

Süchteln.

Augenblicklich sind die Verhältnisse in der Samtindustrie herartig, wie wohl nie zuvor. Die Nachfrage nach Arbeitern für Samt hält schon seit einem Vierteljahr fest an. Eine Firma sucht fast in allen hiesigen Tagesblättern immer neue Arbeiter, und trotzdem wird dieselbe nicht in dem Maße mit Arbeitskräften versorgt, wie es gewünscht wird. Neuerung macht dieselbe bekannt, daß Lehrlinge unter entsprechender Vergütung angelernt werden. Hier liegt gerade „der Hase im Pfeffer“. Die Fabrikanten sehen ein, daß nach einigen Jahren die Samtindustrie bei nur mäßiger Konjunktur nicht mehr über die nötigen Arbeitskräfte verfügt, weil nur dann und wann ein jugendlicher Arbeiter zu diesem seinen Eltern und Bekannten so verhassten Erwerb sich entschließt. An diesen Verhältnissen sind zum größten Teil die Unternehmer selbst schuld, denn die Samtweberei sind mitunter, je nach den Verhältnissen, derartig behandelt worden, daß man oft von den älteren Arbeitern hören kann, daß ihr Los fast nicht mehr zu ertragen ist. Und diese Klagen verstehen auch ihre Wirkung bei den heranwachsenden Arbeitern nicht. Ein tüchtiger Samtweber, welcher in den letzten 1 1/2 Jahren einen schönen Jahresverdienst gehabt, erklärte kürzlich: trotz meines guten Einkommens werde ich es nicht zugeben, oder meine Jungens müßten es absolut wünschen, daß dieselben zu meinem Beruf übergehen. Wahrscheinlich, daß läßt tief blicken, und für die Fabrikanten wäre es sicher an der Zeit, in bezug auf Behandlung, Material u. dergl. bald mal andere Seiten aufzuziehen, nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern in ihrem eigenen Interesse.

Eine andere Firma schickt ihren Obermeister ab und zu zum Wahn, um die mit den Abendjungen heimkehrenden Arbeiter für ihren Betrieb zu gewinnen. Doch die Arbeiter erwidern mit kaltem Lächeln: wir haben es noch gut und ertragen die Mühen des Hin- und Herbefahrens lieber, als daß wir hier langzutraglicher erdulden.

Die Firma Girmes in Dedt schickt fast jeden Sonntag ihre Passanten nach hier, um auch die Arbeiter für ihren dortigen Betrieb anzuzureden, wobei bemerkt, augenblicklich in bezug auf Material viel zu wünschen übrig bleibt, wie die dort Beschäftigten bekunden, weshalb auch eine große Anzahl Arbeiter in den letzten Tagen dort ausgeworfen ist. Es sind fast überall dieselben Erscheinungen: schlechtes Material und schlechte Behandlung. Auch hier war bei einer Firma wegen des schlechten Materials bald die ganze Belegschaft zum Feiern genötigt. Man hat sich aber in letzter Stunde eines Besseren besonnen. Hoffentlich wird dies für die Folge auch immer so gemacht, im Interesse des sozialen Friedens. Die Sache war folgende: Die Spulerrinnen hatten eine Qualität Einsicht, der tatsächlich nicht zu verarbeiten war. Eine Arbeiterin erklärte, sie hätte nach der Vesperpause bis 7 Uhr abends zwei Süchteln fertig gemacht. Sie hatte immer an der Maschine geblieben und gearbeitet, aber des Zeug war nur einmal nicht zu verarbeiten.

Die Arbeiterinnen, welche zum größten Teil bei uns organisiert sind, wurden dieshalb vorstellig und verlangten Abhilfe. Anfanglich wollte man die Sache verzögern. Die Arbeiterinnen stellten nun folgenden Antrag: Das schlechte Material soll verarbeitet werden, jedoch sollen diejenigen, welche dasselbe verarbeiten, 2,50 M. Tagelohn erhalten. Auch sollen die Arbeiterinnen abwesend von dem schlechten Material erhalten. Darauf wollte man aber nicht eingehen und die Sache um einige Tage verschoben. Die Kolleginnen hielten nun eine Besprechung ab und hielten an dem erwähnten Antrag fest. Eine große Anzahl Arbeiter in der Weberei war mittlerweile durch das nicht zu verarbeitende Material schon einen halben Tag am warten. Am nächsten Tages begaben sich die Spulerrinnen zum Herrn Direktor und wurde die Sache dann im Sinne der Kolleginnen dem Antrage gemäß erledigt. Als man merkte, daß die Organisation im Spiele war, ließ man sich herbei und verständigte sich.

Jedoch auf eins möchten wir uns erlauben aufmerksam zu machen. Bei dieser Firma ist seit ein paar Jahren ein Sohn des einen Inhabers am Ruder. Während die alten Herren meistens in anerkannter Weise mit ihren Arbeitern über gewerbliche Fragen verhandelten, glaubt der junge Herr allerhand Schikanierungen sich erlauben zu dürfen, besonders gegenüber den Arbeiterinnen. Es ist nicht das erste Mal, daß darüber geklagt wird. Wir wollen dem jungen Herrn gern etwas verzeihen in seinen jugendlichen und nebenbei echt militärischen Vorsetzungen, die Schikanen glauben wir uns aber verbitten zu dürfen. Die Arbeiterchaft von Süchteln möge doch endlich zum Bewußtsein kommen und sich organisieren. Viele sind unserm Rufe bereits gefolgt, und noch täglich kommen neue Anmeldungen. Namentlich jetzt, wo die Samtweber wieder eine kleine Aufbesserung erhalten haben, sagen sich viele Unorganisierte, daß dieses nur durch die Organisation zustande gebracht wurde, und es deshalb Pflicht ist, in die Reihen der Organisierten einzutreten. Hoffentlich sind die andern, die noch nicht so haben waren, von gleichen Gefühlen durchdrungen. Vor allem ist eine Geschlossenheit notwendig, zumal die Fabrikanten des Kreises Kempten, trotzdem dieselben fast alle im Arbeitgeberverband organisiert sind, noch eine Sonderorganisation gegründet haben für den Kreis Kempten, nur um die Arbeiter besser in der Hand zu haben. Deshalb, ihr Arbeiter, tretet ein in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter, dann werden eure Rechte nach jeder Richtung hin gewahrt werden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Nachen. Die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen für die Wahlberechtigten der Kammer I finden statt: am 1. Juli in der Turnhalle der Oberrealschule, Vincenzstraße 19, am 2. Juli im Rathausaal zu Nachen-Burtscheid, Alteiplatz 1, am 3. Juli vormittags 10 bis mittags 1 1/2 Uhr in der städtischen Turnhalle, Beekstraße 15, nachmittags von 5 bis abends 10 Uhr im Volksschulgebäude, Düppelstraße 19.

In sämtlichen vorgenannten Tagen findet die Wahl statt in der Zeit von vormittags 10 bis mittags 1 1/2 Uhr und von nachmittags 5 bis abends 10 Uhr.

Wahlberechtigt sind solche Arbeiter, welche deutscher Staatsangehörigkeit und mindestens 25 Jahre alt sind, jedoch aber im Stadtbezirk Nachen zur Zeit der Wahl entweder als Arbeiter beschäftigt oder, wenn sie außerhalb dieses Bezirks in Arbeit stehen, wohnhaft sind.

Listen zum Eintragen der Namen der Wahlberechtigten sind auf unserem Bureau, Pontstr. 56, zu haben. Wir eruchen die Ausschüsse und Vertrauensmänner, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß in jedem Betriebe eine solche Liste mit den Namen der wahlberechtigten Kollegen angefüllt und dem Arbeitgeber zum Unterschriften vorgelegt wird. Die Listen müssen alphabetisch geordnet werden. Alles Nähere durch Flugblätter.

Darmen. Neuestens anregend verlief unsere am 1. Juni abgehaltene Versammlung. Der zweite Vorsitzende, Kollege Berghaus leitete dieselbe. Nach Verlesung des Protokolls erhaltete der Kassierer Bericht, worauf in der üblichen Weise Entlastung erteilt wurde. Es wurden die Kollegen verlesen, die Aufnahmen getätigt hatten. Ein Kollege hatte durch stille Agitation 19 Kollegen aufgenommen. (Zur Nachahmung empfohlen.) Es folgten dann die Berichte von der sozialen Kommission und dem Kartell. Letzteres beschloß einen gemeinsamen Ausflug aller Gruppen von Darmen und Eberfeld. Kollege Planckenberg referierte über das Verbandsstatut. Besonders wurde das Streikreglement hervorgehoben. Darüber gestaltete sich die Diskussion recht reg. Kollege Hamacher erklärte noch besonders einige Paragraphen und führte zahlreiche Beispiele an, die besonders den in letzter Zeit aufgenommenen Kollegen zur Belehrung dienen. Die Vorträge über das Verbandsstatut sollen in den nächsten Versammlungen fortgesetzt werden. Den Vertrauensleuten wurde der Dank der Versammlung für ihre Pünktlichkeit ausgesprochen. Beschlossen wurde, die Offener Konferenz nicht zu bejehden. Die nächste Versammlung soll bei Herber, Weidertstr., stattfinden. Kollege Hamacher berichtete noch über den Vereinsfall des „Genossen“ Böcherbach, der gegen unsere Kollegen Peil geklagt hatte und kostenpflichtig abgewiesen wurde. Auch wurden die Angriffe der „Genossen“ gegen Kollegen Köhling gebührend zurückgewiesen.

Goßfeld. Am 24. Mai tagte unsere Mitglieder-versammlung, welche mächtig besucht war. Kollege Bormann eröffnete dieselbe mit dem christlichen Gruß. Zuerst wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Anton Wies durch Erlesen von den Söhnen gelehrt. Dann wurde die Tagesordnung bekannt gemacht: 1. Verlesung des Protokolls, 2. Wahl der Kartellbelegierten, 3. Wahl der Kassierervizeen, 4. Bezirksbelegierten, 5. Ausflug, 6. Verschiedenes. Nachdem die Tagesfragen erledigt waren, legte der Vorsitzende den Anwesenden nochmals dringend ans Herz, doch etwas mit dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht würden. Kollegen, beherzigt diesen Mahnruf! Seid nicht nur dann zur Stelle, wenn etwas los ist in der Ortsgruppe, sondern nehmt in Zukunft vollzählig an unseren Mitglieder-versammlungen teil, damit jedes Mitglied Klarheit erhält über die Vorgänge an Orte. (Die Versammlungen werden wie bisher durch Stempel am Kopf des Organs bekannt gegeben.)

Gusfirchen. In der am 26. Mai abgehaltenen Versammlung, welche ziemlich gut besucht war, wurde

der Kassenbericht vom ersten Quartal erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann hielt Kollege Koch einen Vortrag über die soziale Gesetzgebung und die Aufgaben der Arbeiter als Vertreter in derselben. Redner behandelte das Thema in gewandter Weise und führte den Besuchern in deutlichen und leicht verständlichen Worten die Pflichten der Arbeiter bei der Handhabung der Arbeitsetze vor Augen. Nach einer regen Diskussion wurde noch auf den im Monat Juli stattfindenden Ausflug nach Wachenfeld seitens des hiesigen Gewerkschaftskartells aufmerksam gemacht, und die Mitglieder ersucht, sich mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich an demselben zu beteiligen. Nach Erledigung einiger kleinerer Punkte wurde die anregend schöne Versammlung geschlossen.

Gronau. Am 21. April hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Nach Eröffnung derselben durch Kollegen Peunmann erhielt das Wort unser Zentralvorsitzender Schiffer. Redner behandelte die gegenwärtige sozialpolitische und gewerkschaftliche Situation. An der Aufmerksamkeit der Zuhörer, mit der sie dem Redner folgten, konnte man so recht sehen, wie der Redner allen aus dem Herzen sprach, was dann auch nach Beendigung der Ausführungen der lebhafteste Beifall bewies. Da sich niemand zur Diskussion meldete, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Schlusswort des Leiters, worin derselbe die Verdienste der Gewerkschaft hier in Gronau hervorhob und zur Agitation und Organisation aufforderte, geschlossen.

Gronau. Unsere Mitglieder seien hiermit auf die Zahlung der Extrabeiträge hingewiesen. Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß diese Extrabeiträge Pflichtbeiträge sind und die Weigerung zur Zahlung den Verlust der Mitgliedschaft zur Folge hat. Der Vorstand.

Haan. 2. Juni. Eine gemeinsame Versammlung hatten die hiesigen Ortsgruppen des christlichen Textilarbeiter- und Metallarbeiterverbandes einberufen. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Hochpfeffel, leitete dieselbe. Der Kassierer, Kollege Hamacher-Barmen, schilderte die Notwendigkeit der Organisation und besonders den Anschluß der Kollegen an die christlichen Gewerkschaften. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion, in welcher besonders auch die Gründung einer Holzarbeiter-Zahlstelle angeregt wurde. Die vom Kassierer mitgebrachten Arbeiter-Taschenbücher und andere Schriften wurden sämtlich gekauft. Eine Anzahl Kollegen schlossen sich dem Metallarbeiter- und auch mehrere unsern Verbands an. Kollegen von Haan, wolle ihr bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, so stärkt den Verband. Agitiert alle unermüdet. Stetig Tropfen höhlt den Stein. Fort mit der Arbeit. Vor die Front und kämpft für unsere Ideale.

Hehn. Der letzte Schlussstein zur Verbrüderung der Gladbacher Ortsgruppen ist nunmehr gesetzt, indem die Ortsgruppe Hehn, die bisher noch abseits stand, am Freitagvormittag einberufen wurde. Unser Vorsitzender, Kollege Mäurer, verlas die Schriftsätze, die bezgl. Verbrüderung vom Zentralvorstande sowie der Ortsgruppe Gladbach eingegangen waren. Zweimal hatte sich der Zentralvorstand mit der widerstrebenden Ortsgruppe Hehn befaßt und beide Male Hehn Gladbach zugesteht. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde vielmehr gleich zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als Vorsitzender wurde Kollege Hehn. Mäurer wiedergewählt, als Kassierer Michael Walbel und als Schriftführer Peter Ehler. Es ist der alte Vorstand. Neugewählt wurde als Delegierter der Gladbacher Ortsgruppe Kollege Josef Heinen, der nunmehr dem Vorstande zuzuzählen ist. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Hehn, Barmen und Michael Sothen gewählt, welche dieses Amt übernehmen. Möge unsere Ortsgruppe unter den neuen Verhältnissen weiter wachsen, blühen und gedeihen.

Herbolzheim. Auch hier bei uns gewinnt die gewerkschaftliche Idee immer mehr an Boden. Dies ist daraus zu ersehen, daß in letzter Zeit wieder mehrere Kollegen dem Verbands beigetreten sind. Würden die noch fernstehenden am 26. Mai unserer Versammlung beigewohnt und die Rede des Gewerkschaftssekretärs Kemmerer-Siedingen mit angehört haben, so, davon sind wir sehr überzeugt, würden sie sich unserm Verbands anschließen und nicht mehr sagen „es hat keinen Wert“. Da es hier noch viele Krankenaffen gibt, wo schon längere Jahre keine Ausschussmitglieder gewählt wurden, so wurde zu diesem Punkte Stellung genommen, damit in Zukunft die Wahlen auch zur vorgezeichneten Zeit vorgenommen werden. Sodann wurden die herrschenden Mißstände von mehreren Mitgliedern dem Gewerkschaftssekretär vor Augen geführt und von den Mitgliedern einstimmig gewünscht, Stellung zur Beseitigung dieser Mißstände zu nehmen. Darauf wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Meßum. In einer sehr stark von Arbeitern wie auch von den hiesigen Bürgern besuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, die hier am 30. Mai stattfand, sprach als erster Referent unser Zentralvorsitzender Kollege Schiffer. In einhelligem Vortrage behandelte er das Thema: „die kulturellen Bestrebungen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“. Anhaltender Beifall folgte am Schluss seiner Ausführungen. Nach einer kurzen Pause referierte dann unser Bezirksvorsitzender Kollege Camps. Er entrollte in großen Zügen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, anfangend vom achtzehnten Jahrhundert bis auf den heutigen Tag. Zum Schlusse legte Redner dann die Notwendigkeit der Organisation klar. Der Vorsitzende hielt dann noch einen kurzen Rückblick über den Verlauf der Versammlung und so fand dieselbe ihren Abschluß.

Meerßen. Die größte Freude für einen tätigen Gewerkschaftler mag wohl die sein, wenn er sieht, daß die Arbeiter und Mähen, denen er sich unterzieht, auch fruchtbringend sind. Mehrstägige Gebanten mögen auch wohl unsere Mitglieder gehen haben, als sie sahen, daß das ziemlich geräumige Lokal des Ehrenmitgliedes Peter Bürger die Versammlungen besuchen nicht lassen konnte. Gegen 9 1/2 Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Franz Köppen eröffnet, und nach Genehmigung des Protokolls und der Quartalsabrechnung erteilte er der Kollegin Lüper-Neuwert das Wort zu einem Vortrage. In klarer, leicht verständlicher Weise sprach dieselbe über die Pflichten einer christlichen Arbeiterin im gewerkschaftlichen Leben. Darnach referierte Kollege Friedrich Meißner-Neuwert über „politische“ und „konfessionelle“ Gewerkschaften. Reicher Beifall lönte beide Referenten für ihre vortrefflichen Ausführungen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt,

wurde noch rege diskutiert über Organisation und Agitation in einem heiligen Betriebe und die jüngeren Mitglieder nochmals auf die Karenzzeit verwiesen und zur Vorsicht ermahnt.

Schluß. Auch hier macht die christliche Gewerkschaftsbewegung, wenn auch langsam, so doch ständig Fortschritte. Die Zahl der organisierten Arbeiter ist zwar noch nicht groß, aber diese haben den festen Willen, die Gewerkschaft voran zu bringen, und wo ein guter Wille ist, da ist auch ein Weg.

Rappoltweiler. Wie durch allerlei krankhafte Antriebe versucht wird, das beim verflochtenen Textilarbeiterstreik erkittene Geschäft des freien Verbandes aufzubrechen, so ist die christliche Tages-Presse erdichteten Artikel. Daß dabei die den Vorgängen zugrunde liegende Wahrheit verdrängt wird, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Zodnan. Am 2. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden erteilte derselbe dem Kollegen Kiefer aus Mannheim das Wort zu seinem Vortrag.

Beil. In der Nr. 22 des sozial. „Textilarbeiters“ fühlt sich ein Genosse genötigt, in einer Notiz unter der Rubrik „Berichte aus Sachreisen“ der Öffentlichkeit die „Lohnmacht“ der Christlichen am hiesigen Orte mitzuteilen.

Das die Arbeiter nicht in Unkenntnis geneigt ist, die Ausführungen dieses „kopierenden Verfassers“ ernst zu nehmen, glaubt vielleicht letzterer selbst.

Unser Kollege ist überzeugt, daß man bei diesem Vorgehen nicht die Förderung der Arbeiterinteressen im Auge hat. Es ist eben ganz evident, daß man hierdurch eine Strafbüchse den „Christlichen“ gegenüber in Ausführung bringen wollte, welche dann im Lande verlore.

Der christlich-geformten Arbeiterkraft kann aber solches immerhin als Hinweis zum Anlaß an die christlichen Gewerkschaften dienen. Das Bestreben der letzteren liegt eben nicht darin, durch erbitenem Vorgehen für die Arbeiterkraft negative Erfolge einzubringen, sondern derselben durch unrichtige und zielbewusste Maßnahmen dauernde Vorteile zu sichern.

Schweidnitz. Unsere Ortsgruppe hielt am 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus der Organisationswahl des Vorstandes gingen der Kollege Paul Stoll als zweiter Vorsitzender und Kollege Carl Schick als zweiter Schriftführer hervor.

Schnebel. Unsere Mitgliederversammlung vom 5. Juni war gut besucht. Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt, hielt Kollege Bertold Jannig einen Vortrag über die Bedeutung des christlichen Tageslohnens. Mit gewissem Entzücken lauschten die Anwesenden den vorerwähnten Ausführungen des Redners, welche derselbe in leicht verständlicher Form zum Ausdruck brachte.

Schnebel. Unsere Mitgliederversammlung vom 5. Juni war gut besucht. Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt, hielt Kollege Bertold Jannig einen Vortrag über die Bedeutung des christlichen Tageslohnens.

Tagelohnes hinzuwirken. Der lebhafteste Beifall bewies, daß der Redner von allen Anwesenden verstanden wurde. Wir bebauern nur, daß nicht sämtliche Mitglieder die Versammlung besucht haben.

Wir sind eine selbständige Organisation; als solche können wir weder Nachläufer spielen noch uns von irgend einer Seite Vorschriften machen lassen, sondern wir beanspruchen auf alle Fälle, daß man uns bei jeglichen Maßnahmen, welche das Verhältnis der Organisation der Arbeit betreffen verständig und zu Rate zieht.

Zodnan. Am 2. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden erteilte derselbe dem Kollegen Kiefer aus Mannheim das Wort zu seinem Vortrag.

Beil. In der Nr. 22 des sozial. „Textilarbeiters“ fühlt sich ein Genosse genötigt, in einer Notiz unter der Rubrik „Berichte aus Sachreisen“ der Öffentlichkeit die „Lohnmacht“ der Christlichen am hiesigen Orte mitzuteilen.

Das die Arbeiter nicht in Unkenntnis geneigt ist, die Ausführungen dieses „kopierenden Verfassers“ ernst zu nehmen, glaubt vielleicht letzterer selbst.

Unser Kollege ist überzeugt, daß man bei diesem Vorgehen nicht die Förderung der Arbeiterinteressen im Auge hat. Es ist eben ganz evident, daß man hierdurch eine Strafbüchse den „Christlichen“ gegenüber in Ausführung bringen wollte, welche dann im Lande verlore.

Der christlich-geformten Arbeiterkraft kann aber solches immerhin als Hinweis zum Anlaß an die christlichen Gewerkschaften dienen. Das Bestreben der letzteren liegt eben nicht darin, durch erbitenem Vorgehen für die Arbeiterkraft negative Erfolge einzubringen, sondern derselben durch unrichtige und zielbewusste Maßnahmen dauernde Vorteile zu sichern.

Schweidnitz. Unsere Ortsgruppe hielt am 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus der Organisationswahl des Vorstandes gingen der Kollege Paul Stoll als zweiter Vorsitzender und Kollege Carl Schick als zweiter Schriftführer hervor.

Schnebel. Unsere Mitgliederversammlung vom 5. Juni war gut besucht. Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt, hielt Kollege Bertold Jannig einen Vortrag über die Bedeutung des christlichen Tageslohnens.

Schnebel. Unsere Mitgliederversammlung vom 5. Juni war gut besucht. Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt, hielt Kollege Bertold Jannig einen Vortrag über die Bedeutung des christlichen Tageslohnens.

weiterer Schutz in der gesundheitlich und schweren Industrie (Berichterstatter Franz Wieber-Duisburg), c) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter Franz Fischer-Wülhausen-Elsch), d) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatter Fr. Graf-M.-Glabach).

Es soll dem Kongress vorbehalten bleiben, als Punkt e) event. noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen. Die Berichterstatter sollen ihre Berichte rechtzeitig schriftlich ausgearbeitet dem Kongressamt vorlegen, so daß dieselben gedruckt den Kongreßteilnehmern übergeben werden können.

Herr Pfarrer Mumm schreibt uns: Vor mir liegt der Bericht des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands über die Jahre 1905 und 1906. Nicht wahr, wer von der Straße die Maurer auf dem Bau sieht, hält sie für ein trübes und rohes Volk, das man nicht gern in seiner Wohnung sieht.

Was auch dieser und jener sagen mag, für uns ist die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine unerschütterliche Einheit. Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeitervereine müssen sich ergänzen. Die evangelischen Arbeitervereine haben ihr Jubelfest in Dortmund, der aufstrebenden Industriebezirk Westfalens, gefeiert; „Das Reich“ hat eine Festnummer mit Beiträgen von Lic. Weber, Werkführer.

Ueber dieses leidige Kapitel haben wir schon manche Klage führen müssen (siehe die Nachener Volksfreund). Gelegentlich des Sonntagsmarchen Streiks in Wetzlar konnte man sehen, wie die von den Agenten der Firma Spinnmann angeworbenen Arbeiterwilligen wie Wädelnd von der Polizei behütet wurden, dagegen zeigt sich, sobald holländische Arbeiter hier in Deutschland sich nicht als willige Untertanen erweisen, gebrauchen lassen, als wenn die Polizei denselben nicht so „bezügelt“ zur Seite steht.

Ueber dieses leidige Kapitel haben wir schon manche Klage führen müssen (siehe die Nachener Volksfreund). Gelegentlich des Sonntagsmarchen Streiks in Wetzlar konnte man sehen, wie die von den Agenten der Firma Spinnmann angeworbenen Arbeiterwilligen wie Wädelnd von der Polizei behütet wurden, dagegen zeigt sich, sobald holländische Arbeiter hier in Deutschland sich nicht als willige Untertanen erweisen, gebrauchen lassen, als wenn die Polizei denselben nicht so „bezügelt“ zur Seite steht.

Ueber dieses leidige Kapitel haben wir schon manche Klage führen müssen (siehe die Nachener Volksfreund). Gelegentlich des Sonntagsmarchen Streiks in Wetzlar konnte man sehen, wie die von den Agenten der Firma Spinnmann angeworbenen Arbeiterwilligen wie Wädelnd von der Polizei behütet wurden, dagegen zeigt sich, sobald holländische Arbeiter hier in Deutschland sich nicht als willige Untertanen erweisen, gebrauchen lassen, als wenn die Polizei denselben nicht so „bezügelt“ zur Seite steht.

Ueber dieses leidige Kapitel haben wir schon manche Klage führen müssen (siehe die Nachener Volksfreund). Gelegentlich des Sonntagsmarchen Streiks in Wetzlar konnte man sehen, wie die von den Agenten der Firma Spinnmann angeworbenen Arbeiterwilligen wie Wädelnd von der Polizei behütet wurden, dagegen zeigt sich, sobald holländische Arbeiter hier in Deutschland sich nicht als willige Untertanen erweisen, gebrauchen lassen, als wenn die Polizei denselben nicht so „bezügelt“ zur Seite steht.

Ueber dieses leidige Kapitel haben wir schon manche Klage führen müssen (siehe die Nachener Volksfreund). Gelegentlich des Sonntagsmarchen Streiks in Wetzlar konnte man sehen, wie die von den Agenten der Firma Spinnmann angeworbenen Arbeiterwilligen wie Wädelnd von der Polizei behütet wurden, dagegen zeigt sich, sobald holländische Arbeiter hier in Deutschland sich nicht als willige Untertanen erweisen, gebrauchen lassen, als wenn die Polizei denselben nicht so „bezügelt“ zur Seite steht.

Ueber dieses leidige Kapitel haben wir schon manche Klage führen müssen (siehe die Nachener Volksfreund). Gelegentlich des Sonntagsmarchen Streiks in Wetzlar konnte man sehen, wie die von den Agenten der Firma Spinnmann angeworbenen Arbeiterwilligen wie Wädelnd von der Polizei behütet wurden, dagegen zeigt sich, sobald holländische Arbeiter hier in Deutschland sich nicht als willige Untertanen erweisen, gebrauchen lassen, als wenn die Polizei denselben nicht so „bezügelt“ zur Seite steht.

kommen lassen, es wagen, mittels der christlichen Organisation auf streng gesetzlicher Grundlage verbessernd auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken, dann werden diese Arbeiter wie schmerzliche Verbrenner über die Grenze geliefert. Wie lange noch werden die Arbeiter über solche Zustände zu klagen haben?

Der Kampf ist der Vater aller Dinge, diesen Grundgedanken kann man in gewisser Beziehung auch auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anwenden. Mancher Unternehmer ist erst durch schwere Arbeitskämpfe zu der Einsicht gekommen, daß es besser ist, durch Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen und Abschluß von Tarifverträgen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen. Diesem Eindruck können auch die Gewerkschaftsbeamten sich nicht verschließen. Der Beamte für den 3. Bezirk des Königreichs Württemberg macht hierüber sehr interessante Ausführungen in dem Jahresberichte für 1906.

Was sagen diejenigen dazu, die sich fortwährend im Schweige ihres Angesichts abmühen, der Welt zu beweisen, daß Streiks und Ausperrungen unter keinen Umständen den sozialen Frieden fördern könnten? — Es ist nun einmal so: Viele Menschen werden erst durch Schaden klug. Und so ist auch schon mancher Unternehmer durch den Schaden, den ihm die Arbeitskämpfe zuzügten, klug geworden und hat mit den Organisationen der Arbeiter über den Abschluß von Tarifverträgen sich verständigt.

Was sagen diejenigen dazu, die sich fortwährend im Schweige ihres Angesichts abmühen, der Welt zu beweisen, daß Streiks und Ausperrungen unter keinen Umständen den sozialen Frieden fördern könnten? — Es ist nun einmal so: Viele Menschen werden erst durch Schaden klug. Und so ist auch schon mancher Unternehmer durch den Schaden, den ihm die Arbeitskämpfe zuzügten, klug geworden und hat mit den Organisationen der Arbeiter über den Abschluß von Tarifverträgen sich verständigt.

Veranstaltungskalender.

- Mann. 16. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Burbäum.
Vöhringen. 16. Juni, Diskussionsabend bei Dwerfleg.
Vöhringen. 23. Juni, 11 Uhr, bei Franz Dwerfleg.
— 29. Juni, 11 Uhr, bei Franz Dwerfleg, Vertrauensmänner-Veranstaltung.
Vöhringen. 1. 16. Juni, 11 Uhr, bei Dwerfleg, 11 1/2 Uhr, bei Dwerfleg.
Vertrag. 22. Juni, 8 Uhr, bei Julius Lorke.
Wiesbaden (Athen). 15. Juni, 8 Uhr, bei Wilm Rumpff.
Wiesbaden. 15. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Dwerfleg, 11 1/2 Uhr, bei Dwerfleg.
Wiesbaden. 16. Juni, 5 Uhr, bei Wm. Laumann, öffentliche Gewerkschaftsversammlung.
Wiesbaden. 2. Juli, 5 1/2 Uhr, bei Aug. Schmölbers.
Wiesbaden. 15. Juni, 10 1/2 Uhr, im Hotel Kronprinz, 11 1/2 Uhr, bei D. Schaefer, Mattheisstraße.
Wiesbaden. 16. Juni, 11 Uhr, bei Wm. Böhm, Winkeln.
Wiesbaden. 21. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm.
Wiesbaden. 14. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gasthof St. Adelheid, öffentliche Versammlung.
Wiesbaden. 22. Juni, 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung.
Wiesbaden. 28. Juni, 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung.
Wiesbaden. 23. Juni, 8 Uhr, bei W. Borlinghaus.
Wiesbaden. 16. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm.
Wiesbaden. 28. Juni, 9 Uhr, bei Wm. Böhm, am Markt.
Wiesbaden. 16. Juni, 11 Uhr, bei Wm. Böhm, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm.
Wiesbaden. 22. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gefellenvereinstal (Bachhofstr.), Fabrikvertrauensmänner-Versammlung.
Wiesbaden. 16. Juni, 8 Uhr, in der Kriegerhalle.
Wiesbaden. 16. Juni, 11 Uhr, bei Jakob Köpfen.
Wiesbaden. 22. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm.
Wiesbaden. 16. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Wm. Böhm.
Wiesbaden. 23. Juni, 4 Uhr, im Schützenhaus.

Der Aufsichtsrat. (2. Nr.) J. A. Jakob Schick, Vorsitzender.

XII. Agitationsbezirk (Schlesien).

Am Sonntag, den 14. Juni, nachm. punkt zwei Uhr, findet zu Neustadt D.-S., Restauration Küller, Glöbnystraße 2, die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppenvorstände werden hiermit dringend aufgefordert, zu dieser Konferenz gemäß § 35 der Verbandsstatuten Delegierte zu entsenden. Tagesordnung: 1. Situationsbericht, 2. Wahl der Agitationskommission, 3. Referat über praktische Agitation.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Heinrich Krey in Hilden. Frau Maria Baumgartner in Atzenbach. Wih. Böhmüller in Coesfeld. Math. Roye in Aachen. Joh. Jos. Schlich in Düren. Heinrich Kessel in Krefeld. Wih. Esser in Hoven. Herm. Jos. Robland in M.-Glabach. Anna Busch in Vierson. Joh. Stellkes in Oedt. Wih. Leuffer in Rheyd. Chr. Binter in Düren. Jak. Hilping in Bocholt. Ehre ihrem Andenken!

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Der zweite deutsche Arbeiterkongress der christlich-nationalen Arbeiter und Schiffsarbeiter findet am 20. und 21. Oktober in Berlin statt. Die Tagesordnung des Kongresses ist wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Ausschusses der Berichterstatter (J. Behrens); 2. Die allgemeine sozialpolitische Lage; Berichterstatter: Adam Stegmann-Adis; 3. a) Die Gewerkschaften (Berichterstatter: Richard Böning-Gamburg, b) Ar-